

presse

Sucht im Alter: Kleine Anfrage offenbart Untätigkeit und Desinteresse der Bundesregierung

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion "Sucht im Alter" erklärt die Drogenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Angelika Graf:

Angelika Graf ist alarmiert über die hohe Zahl an älteren Menschen mit Suchtproblemen. Bis zu zwei Millionen Menschen über 60 Jahre nehmen problematisch viel psychoaktive Medikamente. Vor allem Frauen sind betroffen. Die Bundesregierung zeigt jedoch kein Interesse an dem Problem etwas zu ändern.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion ist mit beunruhigenden Informationen gespickt. Wir wussten, dass bei circa ein bis zwei Millionen Menschen über 60 Jahren ein problematischer Gebrauch mit Medikamenten vorliegt, doch die Zuspitzung in Pflegeeinrichtungen kombiniert mit der Alkoholsucht muss uns alarmieren.

Die von der Bundesregierung als Quelle angegebene Priscus-Liste sagt überdies, dass 83 Arzneistoffe aus 18 Arzneistoffklassen als potenziell inadäquat für ältere Patienten bewertet wurden. Über diese Ergebnisse wird sich der Gesundheitsausschuss noch ausführlicher befassen müssen, um mögliche Konsequenzen ziehen zu können.

Auf unsere Frage, welche finanziellen Mittel im Bereich Sucht im Alter bereitgestellt werden verweist die Bundesregierung lediglich auf bestehende Mittel der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und Informationsmaterialien. Angesichts der Erkenntnisse, die der Bundesregierung schon länger bekannt sein müssen, hätten eigene Mittel für diesen Bereich bereitgestellt werden müssen. Dass die Drogenbeauftragte der Bundesregierung das Thema Sucht im Alter trotzdem voller Stolz zum Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärte, offenbart nur die Dreistigkeit der Bundesregierung und den Untätigkeitsauftrag, den die Drogenbeauftragte von der Koalition aufgetragen bekommen hat. Die Nationale Strategie der Bundesregierung zu Drogen und Sucht wird damit zu einer bitteren Lachnummer. Auch Kooperationen mit

anderen Ministerien zum Thema bestehen nicht, so die Antwort der Bundesregierung.

Die Bundesregierung geht ferner lediglich davon aus, dass die Ausbildungsinstitute auch die Thematik der Sucht umfassen. Das heißt, sie will es auch nicht genau wissen.

Die Antwort der Bundesregierung auf diese Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zeigt, dass diese Bundesregierung gerne Aktivität vorspiegelt, aber im Grunde kaum Interesse an der Veränderung von besorgniserregenden Tatsachen hat.